

Geschäftsverzeichnissnr. 6836
Entscheid Nr. 57/2020 vom 7. Mai 2020

## ENTSCHEID

---

*In Sachen:* Klage auf Nichtigkeitklärung des Gesetzes vom 21. Juli 2017 « über den Umweltschutz und die Regulierung der in der Antarktis unter der Gerichtsbarkeit Belgiens geführten Tätigkeiten », erhoben von der gemeinnützigen Stiftung « Internationale Polarstiftung ».

Der Verfassungsgerichtshof,

zusammengesetzt aus den Präsidenten F. Daoût und A. Alen, und den Richtern L. Lavrysen, J.-P. Moerman, T. Merckx-Van Goey, P. Nihoul, T. Giet, R. Leysen, J. Moerman und M. Pâques, unter Assistenz des Kanzlers P.-Y. Dutilleux, unter dem Vorsitz des Präsidenten F. Daoût,

erlässt nach Beratung folgenden Entscheid:

\*

\* \*

## I. *Gegenstand der Klage und Verfahren*

Mit einer Klageschrift, die dem Gerichtshof mit am 26. Januar 2018 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 29. Januar 2018 in der Kanzlei eingegangen ist, erhob die gemeinnützige Stiftung « Internationale Polarstiftung », unterstützt und vertreten durch RA L. Depré, RAin A. Baeyens und RAin I. Eabdellatin, in Brüssel zugelassen, Klage auf Nichtigerklärung des Gesetzes vom 21. Juli 2017 « über den Umweltschutz und die Regulierung der in der Antarktis unter der Gerichtsbarkeit Belgiens geführten Tätigkeiten » (veröffentlicht im *Belgischen Staatsblatt* vom 28. Juli 2017).

Der Ministerrat, unterstützt und vertreten durch RA J. Laurent und RAin C. Servais, in Brüssel zugelassen, hat einen Schriftsatz eingereicht, die klagende Partei hat einen Erwidierungsschriftsatz eingereicht, und der Ministerrat hat auch einen Gegenerwidierungsschriftsatz eingereicht.

Durch Anordnung vom 4. Dezember 2019 hat der Gerichtshof nach Anhörung der referierenden Richter T. Giet und R. Leysen beschlossen, dass die Rechtssache verhandlungsreif ist, dass keine Sitzung abgehalten wird, außer wenn eine Partei innerhalb von sieben Tagen nach Erhalt der Notifizierung dieser Anordnung einen Antrag auf Anhörung eingereicht hat, und dass vorbehaltlich eines solchen Antrags die Verhandlung am 18. Dezember 2019 geschlossen und die Rechtssache zur Beratung gestellt wird.

Da keine Sitzung beantragt wurde, wurde die Rechtssache am 18. Dezember 2019 zur Beratung gestellt.

Die Vorschriften des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, die sich auf das Verfahren und den Sprachengebrauch beziehen, wurden zur Anwendung gebracht.

## II. *Rechtliche Würdigung*

(...)

### *In Bezug auf das angefochtene Gesetz*

B.1. Das Gesetz vom 21. Juli 2017 « über den Umweltschutz und die Regulierung der in der Antarktis unter der Gerichtsbarkeit Belgiens geführten Tätigkeiten » (nachstehend: Gesetz vom 21. Juli 2017) bezweckt insbesondere die Ausführung des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag, des Anhangs und der Anlagen I, II, III, IV, die in Madrid am 4. Oktober 1991 unterzeichnet wurden, und der Anlage V, die in Bonn am 18. Oktober 1991 (nachstehend: Protokoll) angenommen wurde.

Dieses Protokoll wurde mit dem Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 14. März 1994 « zur Billigung des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag, Anhangs, Anlagen I, II, III, IV und V, geschehen zu Madrid am 4. Oktober 1991 », der Ordonnanz der Region Brüssel-Hauptstadt vom 8. September 1994 « zur Billigung des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag, Anhangs, Anlagen I, II, III, IV und V, geschehen zu Madrid am 4. Oktober 1991 », dem Dekret der Wallonischen Region vom 23. März 1995 « zur Zustimmung zum Umweltschutzprotokoll zum Antarktis-Vertrag, seines Anhangs und seiner Anlagen I, II, III, IV und V, geschehen zu Madrid am 4. Oktober 1991 », dem Dekret der Französischen Gemeinschaft vom 27. März 1995 « zur Zustimmung zum Umweltschutzprotokoll zum Antarktis-Vertrag, seines Anhangs und seiner Anlagen I, II, III, IV und V, geschehen zu Madrid am 4. Oktober 1991 », dem Gesetz vom 19. Mai 1995 « zur Billigung des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag, Anhangs, Anlagen I, II, III, IV und V, geschehen zu Madrid am 4. Oktober 1991 » und dem Dekret der Flämischen Gemeinschaft vom 22. Dezember 1995 « zur Billigung des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag, des Anhangs, der Anlagen I, II, III, IV und V, unterzeichnet in Madrid am 4. Oktober 1991 » gebilligt. Das Protokoll ergänzt den am 1. Dezember 1959 in Washington unterzeichneten Antarktis-Vertrag, der durch ein Gesetz vom 12. Juli 1960 gebilligt wurde (nachstehend: Antarktis-Vertrag).

Das Gesetz vom 21. Juli 2017 bezweckt, « einen kohärenten und vollständigen rechtlichen Rahmen für alle Tätigkeiten, die nach dem belgischen Recht einer Genehmigung/Erlaubnis unterliegen » auszuarbeiten, « das Statut der unter der Gerichtsbarkeit Belgiens in der Antarktis geführten Tätigkeiten » klarer zu fassen (*Parl. Dok.*, Kammer, 2016-2017, DOC 54-2276/001, S. 3) und zum umfassenden Umweltschutz in der Antarktis und der abhängigen und verbundenen Ökosysteme sowie zur Erhaltung der Antarktis als ein dem Frieden und der Wissenschaft gewidmetes Naturreservat beizutragen (Artikel 2 Absatz 2).

Durch das Gesetz vom 21. Juli 2017 wird das Gesetz vom 7. April 2005 « zur Ausführung des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag, des Anhangs und der Anlagen I, II, III und IV, geschehen zu Madrid am 4. Oktober 1991 und der Anlage V, geschehen zu Bonn am 7. und 18. Oktober 1991 » (nachstehend: Gesetz vom 7. April 2005) aufgehoben und ersetzt. In ihm wurden einige Bestimmungen aus dem Gesetz vom 7. April

2005, in angepasster Form oder nicht, übernommen (Artikel 1 bis 14 § 1, 16 und 26 des Gesetzes vom 21. Juli 2017). Es führt zudem neue Bestimmungen insbesondere in Bezug auf die Ersetzungsbefugnis des Ministers für die Reaktion auf umweltgefährdende Notfälle (Artikel 14 § 2), in Bezug auf die Haftung (Artikel 15), die Überwachung, Kontrolle und den Zugang zu Informationen (Artikel 17 und 18), die Infrastrukturen, Ausrüstungen und Fahrzeuge in der Antarktis (Artikel 19 bis 22), die Gerichts- und Verwaltungsbehörde und die Feststellung von Verstößen (Artikel 23 und 24) und die administrativen Sanktionen (Artikel 25) ein. Diese neuen Bestimmungen bezwecken, « Lücken zu schließen und Versäumnisse zu beheben, um gewissen neuen Situationen oder Themen, insbesondere Fragen bezüglich der Tätigkeiten unter der Gerichtsbarkeit Belgiens, Rechnung zu tragen » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2016-2017, DOC 54-2276/001, S. 4).

Das Gesetz vom 21. Juli 2017 ist am 28. Juli 2017 in Kraft getreten (Artikel 28 § 1). Es ist « auf zum Zeitpunkt seines Inkrafttretens vorhandene oder im Bau oder in der Montage befindliche Infrastrukturen und Fahrzeuge » anwendbar (Artikel 28 § 2). Unter « Infrastruktur » ist « jede feste oder mobile, erbaute oder auf dem Boden oder auf einer Eisbank aufgebaute Einrichtung, die Personen oder Güter aufnehmen oder als Ort für Tätigkeiten dienen kann » zu verstehen (Artikel 3 Nr. 10). Die Polarstation « Princess Elisabeth » ist eine Infrastruktur im Sinne dieser Bestimmung (*Parl. Dok.*, Kammer, 2016-2017, DOC 54-2276/001, S. 54; DOC 54-2276/004, SS. 16-19).

### *In Bezug auf die Zulässigkeit*

B.2. Der Ministerrat bestreitet das Interesse der klagenden Partei mit der Begründung, dass diese nicht nachweise, dass das Gesetz vom 21. Juli 2017 sie unmittelbar beeinflussen könne. Er führt außerdem an, dass die klagende Partei kein Interesse daran habe, die Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Juli 2017, die bereits im Gesetz vom 7. April 2005 aufgeführt waren, zu bemängeln. Die klagende Partei habe auch kein Interesse an dem ersten Klagegrund, da sie die Zuständigkeit der Föderalbehörde nicht angefochten habe, als diese das Gesetz vom 7. April 2005 angenommen habe.

B.3. Die Internationale Polarstiftung (auf Englisch: *The International Polar Foundation* – nachstehend: IPF) untermauert ihr Interesse mit dem Hinweis auf ihre

Eigenschaft als Initiatorin, Entwicklerin und Betreiberin der Polarstation « Princess Elisabeth » für den belgischen Staat.

B.4.1. Die Verfassung und das Sondergesetz vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof erfordern, dass jede natürliche oder juristische Person, die eine Nichtigkeitsklage erhebt, ein Interesse nachweist. Das erforderliche Interesse liegt nur bei jenen Personen vor, deren Situation durch die angefochtene Rechtsnorm unmittelbar und ungünstig beeinflusst werden könnte.

B.4.2. Aus den Vorarbeiten geht hervor, dass die IPF in der Antarktis aktiv ist, wo sie Expeditionen durchführt (*Parl. Dok.*, Kammer, 2016-2017, DOC 54-2276/004, SS. 19-20), und dass die vom Gesetz vorgesehenen Genehmigungs- und Eintragungspflichten sie direkt betreffen (ebenda, SS. 16 bis 21). Folglich weist die klagende Partei das erforderliche Interesse nach.

B.4.3. Der Umstand, dass einige der angefochtenen Bestimmungen eine ähnliche Tragweite wie das Gesetz vom 7. April 2005 haben, hat nicht zur Folge, dass die Klage nicht zulässig ist. Durch die Annahme der angefochtenen Bestimmungen ist der Gesetzgeber nämlich erneut gesetzgeberisch aufgetreten.

Der Umstand, dass im Fall der Nichtigerklärung das Gesetz vom 7. April 2005 erneut anwendbar wäre, hat auf das Interesse an der Klageerhebung keine Auswirkung.

Auch der Umstand, dass die klagende Partei keine Klage gegen dieses Gesetz erhoben hat, bewirkt nicht, dass sie kein Interesse an ihrer Klageerhebung mehr hätte.

B.4.4. Die Einreden der Unzulässigkeit werden abgewiesen.

#### *In Bezug auf den Umfang der Klage*

B.5.1. Der Gerichtshof muss die Tragweite der Nichtigkeitsklage auf der Grundlage des Inhalts der Klageschrift bestimmen.

Für nichtig erklären kann der Gerichtshof nur ausdrücklich angefochtene gesetzeskräftige Bestimmungen, gegen die Klagegründe angeführt werden, und gegebenenfalls Bestimmungen, die zwar nicht angefochten werden, aber untrennbar mit den für nichtig zu erklärenden Bestimmungen verbunden sind.

B.5.2. Aus der Klageschrift geht hervor, dass die Beschwerdegründe ausschließlich gegen die folgende Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Juli 2017 gerichtet sind:

- die Artikel 3 Nr. 4, 5 § 1 und 26, was die in Artikel 5 § 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 erwähnte Genehmigungspflicht und die strafrechtlichen Sanktionen betrifft, mit denen die Nichteinhaltung der Bedingungen dieser Genehmigung geahndet werden (zweiter Klagegrund),

- Artikel 23, was die Personen betrifft, die befugt sind, Verstöße gegen das Gesetz vom 21. Juli 2017 festzustellen (dritter Klagegrund),

- Artikel 14 § 2 Absatz 4 und die Artikel 15, 25 und 26, was die Kumulierung von zivilrechtlichen, administrativen und strafrechtlichen Sanktionen betrifft (vierter Klagegrund),

- die Artikel 6 bis 8, 16 und 17, was die Bedingungen für die Gewährung, die Rücknahme und die Kontrolle der in Artikel 5 § 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 erwähnten Genehmigung betrifft (fünfter Klagegrund).

Außerdem bestreitet die klagende Partei die Zuständigkeit der Föderalbehörde für die Annahme des Gesetzes vom 21. Juli 2017 (erster Klagegrund).

B.5.3. Folglich ist die Nichtigkeitsklage nur in diesem Maße zulässig.

### *Zur Hauptsache*

B.6. Die angefochtenen Bestimmungen und die untrennbar mit ihnen verbundenen Bestimmungen lauten:

« TITRE 1er. — *Dispositions générales*

CHAPITRE 1er. — *Dispositions introductives*

[...]

Art. 2. La présente loi vise à mettre en œuvre en droit belge les dispositions des traités internationaux auxquels est partie la Belgique et qui sont relatifs à l'Antarctique, à la protection de son environnement et à l'encadrement des activités qui y sont menées.

Elle contribue à la protection globale de l'environnement en Antarctique et des écosystèmes dépendants et associés ainsi qu'au maintien de l'Antarctique comme réserve naturelle, consacrée à la paix et à la science.

CHAPITRE 2. — *Définitions*

Art. 3. Pour l'application de la présente loi, on entend par :

1° 'Traité sur l'Antarctique' : le Traité sur l'Antarctique signé à Washington le 1er décembre 1959 et entré en vigueur pour la Belgique le 23 juin 1961;

2° 'zone du Traité sur l'Antarctique' : la zone à laquelle s'appliquent les dispositions du Traité sur l'Antarctique conformément à l'article VI dudit traité;

3° 'Protocole' : le Protocole au Traité sur l'Antarctique, relatif à la protection de l'environnement, l'Appendice et les Annexes I, II, III, IV, signés à Madrid le 4 octobre 1991 et l'Annexe V adoptée à Bonn le 18 octobre 1991, et entrés en vigueur pour la Belgique le 14 janvier 1998;

4° 'activité' : toute activité humaine menée dans la zone du Traité sur l'Antarctique, quelle que soit sa finalité ou sa nature, qu'elle soit entreprise par des personnes présentes sur [le] lieu de l'activité ou qu'elle soit commandée à distance;

5° 'personne responsable de l'activité' : toute personne physique ou morale exerçant l'autorité sur l'accomplissement des principaux actes et des principales opérations qui constituent une activité;

6° 'évaluation d'impact sur l'environnement' : les différentes évaluations d'impact sur l'environnement, tant préliminaire que globale, visées à l'Annexe I au Protocole;

[...]

9° 'situation critique pour l'environnement' : tout événement accidentel qui se traduit ou menace de se traduire de manière imminente par un impact significatif et nuisible sur l'environnement en Antarctique ou ses écosystèmes dépendants et associés;

10° 'infrastructure', toute installation, fixe ou mobile, construite ou placée sur le sol ou sur une plate-forme glaciaire, et susceptible d'accueillir des personnes ou des biens ou de servir de lieu à des activités;

11° ‘ véhicule ’, tout moyen de locomotion mécanique pouvant servir au transport de personnes ou de biens, à l’exception des navires et des aéronefs, tels que définis à l’article 1er, alinéa 2, de la loi du 27 juin 1937 portant révision de la loi du 16 novembre 1919 relative à la réglementation de la navigation aérienne;

12° ‘ construction ’ : tout assemblage d’éléments, de matériaux ou de pièces, aux fins de l’édification d’une infrastructure ou de la fabrication d’un véhicule;

13° ‘ placement ’ : toute importation, tout dépôt, toute réception, tout stationnement ou toute mise à disposition d’une infrastructure ou d’un véhicule;

14° ‘ ministre ’ : le membre du gouvernement qui a l’Environnement dans ses attributions;

[...]

## TITRE 2. — *Protection de l’environnement*

### CHAPITRE 1er. — *Interdiction des activités relatives aux ressources minérales*

Art. 4. § 1er. Il est interdit d’accomplir toute activité ayant pour objet la prospection, l’exploration ou l’exploitation de ressources minérales.

§ 2. L’interdiction visée au § 1er s’applique également aux activités menées par des personnes physiques de nationalité belge ou par des personnes morales de droit belge, y compris lorsque ces activités sont accomplies indirectement par l’entremise d’une personne morale de droit étranger dans laquelle elles ont des intérêts ou à laquelle elles sont liées contractuellement.

§ 3. L’interdiction visée au § 1er ne s’applique pas à la recherche scientifique ayant été autorisée conformément aux dispositions du chapitre 2.

### CHAPITRE 2. — *Permis*

#### *Section 1re.* — Principes et procédure

Art. 5. § 1er. Toute activité

(a) soit organisée en Belgique ou au départ de la Belgique,

(b) soit menée au sein, à bord ou au moyen d’une infrastructure ou d’un véhicule faisant l’objet d’une construction ou d’un placement dans le cadre d’une activité visée au point (a),

fait l’objet d’un permis écrit préalable.

La demande est introduite, par écrit, par la personne responsable de l’activité auprès du ministre.



§ 2. Tout changement d'une activité visée par le présent article fait l'objet d'un nouveau permis.

§ 3. Si plusieurs personnes, physiques ou morales, souhaitent organiser conjointement une activité, un permis couvrant cette activité peut être délivré à la personne responsable de l'activité qu'elles désignent.

§ 4. Le ministre peut décider, après concertation avec le ministre des Affaires étrangères et le ministre de la Politique scientifique, qu'une activité visée au § 1er ne requiert pas de permis si et pour autant que l'activité a été autorisée par une autre Partie contractante au Protocole et en particulier dans le cas d'activités scientifiques relevant de coopérations établies dans le cadre de programmes gouvernementaux de recherche.

Art. 6. § 1er. A l'appui de sa demande de permis, la personne responsable de l'activité décrit toutes les activités envisagées, en précise la nature, l'objet et la durée, et indique également de manière dûment motivée si ces activités sont susceptibles d'avoir un impact sur l'environnement dans la zone du Traité sur l'Antarctique et les écosystèmes dépendants et associés.

Dans le cadre de la demande de permis, le ministre peut requérir tout autre renseignement utile que ceux communiqués par la personne responsable de l'activité, entre autres quant à la nature, quant au mode ou quant à la finalité de l'activité.

§ 2. Sur la base des informations fournies en vertu du § 1er et pour autant que celles-ci soient suffisantes, le ministre détermine, en tenant compte du principe de précaution, si l'impact que l'activité peut avoir sur l'environnement dans la zone du Traité sur l'Antarctique ou sur les écosystèmes dépendants ou associés est :

- (1) un impact moindre que mineur ou transitoire;
- (2) un impact mineur ou transitoire, ou
- (3) un impact supérieur à un impact mineur ou transitoire.

§ 3. Après en avoir informé le ministre des Affaires étrangères, le ministre fait connaître sa décision au demandeur du permis et l'informe de la procédure à suivre le cas échéant.

Art. 7. § 1er. Lorsque l'impact des activités est jugé moindre que mineur ou transitoire, conformément à l'article 6, § 2, le ministre délivre le permis dans un délai de 60 jours à dater de l'introduction de la demande de permis.

§ 2. Lorsque l'impact est jugé mineur ou transitoire, ou supérieur à mineur ou transitoire, le ministre informe le demandeur de la nécessité d'effectuer une évaluation d'impact sur l'environnement et de la lui transmettre.

Sur la base de cette évaluation et après consultation éventuelle du ministre des Affaires étrangères et, le cas échéant, des autres membres du gouvernement concernés, le ministre statue sur la délivrance du permis.

La décision du ministre intervient dans un délai de 120 jours, à dater de la communication, par le demandeur, de l'évaluation d'impact sur l'environnement visée à l'alinéa premier.

Art. 8. Le permis peut être assorti d'obligations et de conditions. Sa durée de validité est précisée. Des obligations additionnelles peuvent en outre être imposées au cours de la validité du permis.

Le permis peut être modifié, suspendu ou révoqué conformément à l'article 16, alinéa 2.

Le Roi détermine les conditions supplémentaires auxquelles est subordonnée la délivrance du permis, ainsi que les règles selon lesquelles les demandes de permis sont introduites et examinées.

Art. 9. Par dérogation à l'article 5, § 1er, aucun permis n'est exigé dans les cas d'urgence, au sens de l'article 7 de l'Annexe I au Protocole, qui exigent qu'une activité soit entreprise sans délai.

[...]

#### *Section 6. — Situation critique pour l'environnement*

Art. 14. § 1er. La personne responsable de l'activité prend immédiatement toutes les actions rapides et efficaces en réponse à une situation critique pour l'environnement résultant de ses activités.

Elle en informe sans délai la personne désignée par le ministre au titre de l'article 23, § 2.

§ 2. A défaut d'actions prises par la personne responsable de l'activité conformément au § 1er, le ministre peut prendre toutes les actions et mesures qu'il juge utiles en réponse à cette situation critique pour l'environnement, entre autres par des injonctions adressées à la personne responsable de l'activité.

Dans la mesure où cela n'entrave pas lesdites actions, celles-ci sont prises en concertation avec la personne responsable de l'activité défaillante.

La personne responsable de l'activité reste tenue durant toute la durée de la situation critique pour l'environnement d'un devoir d'information complète et fiable à l'égard du ministre.

La personne responsable de l'activité supporte en outre les coûts réels des actions prises par le ministre.

#### *Section 7. — Responsabilité*

Art. 15. § 1er. Nonobstant le remboursement des coûts visés à l'article 14, § 2, alinéa 4, au cas où un dommage pour lequel l'État est tenu responsable résulte d'une activité menée conformément à la présente loi et au permis délivré par le ministre, la personne responsable

de l'activité est tenue d'indemniser l'État pour le coût et les frais de la réparation dudit dommage.

§ 2. Le Roi peut limiter, selon des modalités et aux conditions qu'Il détermine, le montant de l'indemnisation due à l'État par la personne responsable de l'activité, hors les coûts visés à l'article 14, § 2, alinéa 4.

Le ministre peut également imposer à la personne responsable de l'activité une assurance auprès d'un tiers ou toute autre garantie financière adéquate afin de couvrir le risque lié à l'indemnisation ou au remboursement des coûts visés à l'article 14, § 2, alinéa 4.

### CHAPITRE 3. — *Surveillance, contrôle et accès à l'information*

Art. 16. Le ministre veille à l'observation des dispositions de la présente loi et au respect des conditions mentionnées par les permis délivrés. Il contrôle les effets environnementaux des activités autorisées aux termes de la présente loi. A cet effet, le titulaire du permis lui communique d'initiative toutes les informations pertinentes.

Le ministre détermine dans quelle mesure les activités menées et leurs effets ou leurs impacts sur la zone du Traité sur l'Antarctique, son environnement, y compris son écosystème, sont compatibles avec les obligations internationales de la Belgique et avec les lois et règlements applicables. Le cas échéant, le ministre impose des obligations et des conditions supplémentaires à celles stipulées dans le permis, suspend ou révoque le permis.

Art. 17. § 1er. Lorsqu'il apparaît qu'une activité faisant l'objet d'un permis n'est pas menée conformément aux conditions fixées par ce permis, le ministre en avertit la personne responsable de l'activité en cause et l'enjoint de se mettre en conformité avec les conditions dont le permis est assorti, dans un délai fixé par le ministre.

La personne responsable de l'activité ou le représentant qu'il désigne à cet effet peut, dans le délai visé à l'alinéa 1er, faire valoir ses observations auprès du ministre qui peut retirer son injonction.

Au cas où la personne responsable de l'activité ne se conforme pas aux injonctions du ministre dans le délai fixé, le permis est retiré de plein droit.

Une même activité ne peut faire l'objet de plus d'un avertissement écrit en vertu de l'alinéa 1er.

§ 2. Lorsqu'il apparaît qu'une activité faisant l'objet d'un permis génère des risques et/ou des effets négatifs sur l'environnement dans la zone du Traité sur l'Antarctique ou sur les écosystèmes dépendants ou associés, le ministre prend les mesures utiles afin de limiter ces risques ou/et de contrer ces effets. Ces mesures peuvent entre autres consister à modifier les conditions dont le permis est assorti, à suspendre le permis ou à retirer le permis.

§ 3. Lorsqu'il apparaît qu'une activité visée à l'article 5, § 1er, alinéa premier, est menée sans permis ou outrepassé le permis accordé, le ministre prend les mesures utiles afin de faire cesser les activités en cause et dénonce les faits au procureur du Roi compétent.

§ 4. Les dispositions du présent article sont sans préjudice de celles du chapitre 2, section 6.

[...]

### TITRE 3. — *Infrastructures, équipements et véhicules en Antarctique*

#### CHAPITRE 1er. — *Dispositions générales*

Art. 19. La présente loi ne porte pas préjudice aux accords intergouvernementaux relatifs à la construction, au placement, à l'opération, à la maintenance ou à l'utilisation d'infrastructures ou de véhicules en Antarctique.

Art. 20. Toute infrastructure et tout véhicule faisant l'objet d'une construction ou d'un placement réalisé dans le cadre d'une activité visée à l'article 5, § 1er, alinéa 1er, (a), est immatriculé conformément aux dispositions du chapitre 2.

Art. 21. Toute infrastructure et tout véhicule immatriculé conformément à la présente loi est soumis, à dater de la prise d'effet de son immatriculation, à la loi belge.

#### CHAPITRE 2. — *Registre national des infrastructures et véhicules en Antarctique*

Art. 22. § 1er. Il est créé un registre national des infrastructures et véhicules en Antarctique. Le registre reprend les immatriculations d'infrastructures et de véhicules visées à l'article 20.

[...]

### TITRE 4. — *Dispositions finales*

#### CHAPITRE 1er. — *Autorité judiciaire et administrative et constatation des infractions*

Art. 23. § 1er. Lorsqu'une infraction à la présente loi, ou à toute autre loi applicable, est constatée par la personne responsable de l'activité ou par toute autre personne, cette personne en rapporte directement et immédiatement, ou, au plus tard, dès son retour en Belgique, au Procureur du Roi de l'arrondissement judiciaire déterminé conformément à l'article 24, § 2.

§ 2. Toute constatation d'une infraction, autre que celle visée au § 1er, faite par des personnes belges ou étrangères, d'infractions aux dispositions de la présente loi et commises dans la zone du Traité sur l'Antarctique, est communiquée le plus rapidement possible à un agent spécialement désigné par le ministre.

L'infraction peut être constatée par toute autorité compétente d'un État, partie consultative au Traité sur l'Antarctique, ou par son représentant. Le rapport établi par ladite autorité vaut procès-verbal.

Art. 24. § 1er. Sans préjudice de l'article 23, tout acte officiel et tout litige relatifs à :

a) une infrastructure ou à un véhicule visé(e) à l'article 21, ou

b) une activité visée à l'article 5, § 1er, (b), est de la compétence des officiers ministériels et des cours et tribunaux belges.

§ 2. Pour la détermination de la compétence territoriale applicable aux actes et litiges visés au § 1er, les infrastructures et véhicules auxquels ces actes et litiges se rapportent sont réputés être situés au siège du Service public fédéral Santé publique, Sécurité de la Chaîne alimentaire et Environnement ou à toute administration qui lui succèderait dans l'exercice des compétences fédérales en matière d'environnement.

## CHAPITRE 2. — *Sanctions*

### *Section 1re.* — Sanctions administratives

Art. 25. § 1er. Dans le cas visé à l'article 14, § 2, alinéa 1er, lorsque la personne responsable de l'activité n'a pas pris les actions utiles et efficaces requises afin de remédier à la situation ou ne s'est pas conformée à l'injonction du ministre, ce dernier peut, après enquête et audition de la personne responsable de l'activité, suspendre le droit de cette personne à introduire une demande de permis pour une durée maximale de cinq années qui suivent celle durant laquelle le ministre lui notifie sa décision.

§ 2. Dans le cas visé à l'article 17, § 1er, alinéa 3, où la personne responsable de l'activité ne se conforme pas à l'injonction du ministre et sauf le cas où cette injonction est retirée, le ministre peut, après enquête et audition de la personne responsable de l'activité, suspendre le droit de cette personne à introduire une demande de permis pour une durée maximale de cinq années qui suivent celle durant laquelle le ministre lui notifie sa décision.

§ 3. Dans le cas visé à l'article 17, § 3, la personne responsable de l'activité n'est plus admissible à introduire une demande de permis durant les sept années qui suivent celle durant laquelle il a été mis fin à l'activité en cause.

Sauf dérogation motivée par le ministre, l'alinéa 1er est également applicable à toute personne ayant entrepris ou mené des activités ressortissant à la loi d'un État partie au Protocole sans un permis ou toute autre autorisation valablement délivré par ledit État.

§ 4. Au cas où les données ou informations communiquées au titre de l'article 22, § 2, alinéas 4, 5 ou 6, par la personne responsable de l'activité sont fausses ou substantiellement incomplètes, le ministre peut, après enquête et audition de la personne responsable de l'activité, suspendre le droit de cette personne à introduire une demande de permis pour une durée maximale de cinq années qui suivent celle durant laquelle le ministre lui notifie sa décision.

### Section 2. — Sanctions pénales

Art. 26. § 1er. Est punie d'un emprisonnement de huit jours à deux ans et d'une amende de 25 000 à 250 000 euros, ou de l'une de ces peines seulement, la violation de l'interdiction visée à l'article 4, §§ 1er et 2.

§ 2. Est puni d'un emprisonnement de huit jours à deux ans et d'une amende de 250 à 25 000 euros, ou de l'une de ces peines seulement, le fait, visé à l'article 17, § 3, de mener des activités sans permis ou qui outrepassent le permis délivré par le ministre.

§ 3. Est puni d'un emprisonnement de huit jours à deux ans et d'une amende de 25 à 2 500 euros, ou de l'une de ces peines seulement, le fait, de ne pas se conformer aux injonctions du ministre visées à l'article 14, § 2, alinéa 1er ou à l'article 17, § 1er, alinéa 3.

§ 4. Est puni d'un emprisonnement de huit jours à deux ans et d'une amende de 25 à 2 500 euros, ou de l'une de ces peines seulement, le fait, visé à l'article 14, § 2, alinéa 1er, de ne pas avoir pris les actions utiles et efficaces requises afin de remédier à la situation.

§ 5. Est puni d'une amende de 25 à 2 500 euros, l'omission, par la personne responsable de l'activité, de communiquer au conservateur du registre les données et informations requises en application de l'article 22, § 2, alinéa 5, et l'omission, par le propriétaire du bien, de communiquer les données et informations requises en application de l'article 22, § 2, alinéa 6.

§ 6. La constatation des infractions visées respectivement aux §§ 3 et 4 est subordonnée aux conclusions des enquêtes visées respectivement aux §§ 2 et 1er de l'article 25.

### Section 3. — Dispositions diverses et transitoires

Art. 27. La loi du 7 avril 2005 portant exécution du Protocole au Traité sur l'Antarctique relatif à la protection de l'environnement, de l'Appendice et des Annexes I, II, III et IV, faits à Madrid le 4 octobre 1991, et Annexe V, faite à Bonn le 7 au 18 octobre 1991 est abrogée.

Art. 28. § 1er. La présente loi entre en vigueur le jour de sa publication au *Moniteur belge*.

§ 2. La présente loi s'applique aux infrastructures et aux véhicules existants, ou en cours de construction ou d'assemblage, au moment de son entrée en vigueur ».

B.7. Die Prüfung der Übereinstimmung einer gesetzeskräftigen Bestimmung mit den Regeln der Zuständigkeitsverteilung muss in der Regel derjenigen ihrer Vereinbarkeit mit den Bestimmungen von Titel II der Verfassung und mit deren Artikeln 170, 172 und 191 vorangehen.

*In Bezug auf den ersten Klagegrund*

B.8. Der erste Klagegrund ist aus einem Verstoß des Gesetzes vom 21. Juli 2017 gegen die Artikel 39 und 134 der Verfassung und gegen die Regeln der Zuständigkeitsverteilung, insbesondere gegen Artikel 6 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen abgeleitet. Das Gesetz vom 21. Juli 2017 beeinträchtigt die Zuständigkeit der Regionen in Umweltangelegenheiten im Sinne von Artikel 6 § 1 II Absatz 1 Nr. 1 des vorerwähnten Sondergesetzes vom 8. August 1980. Außerdem verstoße die Annahme des Gesetzes vom 21. Juli 2017 ohne vorherigen Abschluss eines Zusammenarbeitsabkommens und ohne vorherige Konzertierung mit den Gemeinschaften und Regionen gegen Artikel 6bis des vorerwähnten Sondergesetzes vom 8. August 1980.

B.9. Insoweit die klagende Partei in ihrem Erwidernsschriftsatz geltend macht, dass die Annahme des Gesetzes vom 21. Juli 2017 ohne vorherige Konzertierung mit den Gemeinschaften und Regionen gegen den Grundsatz der föderalen Loyalität, der in Artikel 143 § 1 der Verfassung gewährleistet ist, verstößt, führt sie einen neuen Klagegrund an, der somit unzulässig ist.

B.10. Das Gesetz vom 21. Juli 2017 betrifft die Ausführung von Bestimmungen internationaler Verträge, denen Belgien beigetreten ist und die sich auf die Antarktis, den Umweltschutz und den Rahmen für die dort durchgeführten Tätigkeiten im belgischen Recht beziehen (Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2017). Seine Zielsetzung ist es, gemäß Artikel 2 des Protokolls zum umfassenden Umweltschutz in der Antarktis und der abhängigen und verbundenen Ökosysteme sowie zur Erhaltung der Antarktis als ein dem Frieden und der Wissenschaft gewidmetes Naturreiservat beizutragen (Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 21. Juli 2017).

B.11.1. Titel 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 definiert das Ziel des Gesetzes (Artikel 2) und enthält eine Reihe von Definitionen, die für die Anwendung des Gesetzes von Bedeutung sind (Artikel 3).

B.11.2. Titel 2 bezieht sich auf den Umweltschutz (Artikel 4 bis 18) und enthält in erster Linie ein Verbot der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in der Antarktis (Artikel 4). Außerdem werden bestimmte Tätigkeiten auf antarktischem Gebiet einer Genehmigung

unterworfen (Artikel 5 bis 9). Eine « Tätigkeit » ist in Artikel 3 Nr. 4 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 wie folgt definiert:

« Toute activité humaine menée dans la zone du Traité sur l'Antarctique, quelle que soit sa finalité ou sa nature, qu'elle soit entreprise par des personnes présentes sur le lieu de l'activité ou qu'elle soit commandée à distance ».

Artikel 5 schreibt vor, dass eine solche Tätigkeit vorher genehmigt werden muss, wenn sie entweder (a) in Belgien oder von Belgien aus organisiert wird oder (b) in, an Bord oder mit Hilfe einer Infrastruktur oder eines Fahrzeugs, die bzw. das Gegenstand eines Baus oder Aufbaus im Rahmen einer unter Punkt (a) erwähnten Tätigkeit ist, durchgeführt wird. Die Artikel 6 bis 9 legen die Pflichten des Verantwortlichen für die Tätigkeit im Rahmen des Genehmigungsverfahrens fest.

Die anderen Bestimmungen von Titel 2 beziehen sich auf andere Aspekte des Umweltschutzes in der Antarktis, und zwar auf die Erhaltung der Tier- und Pflanzenwelt (Artikel 10), die Beseitigung und Behandlung von Abfällen (Artikel 11), die Verhütung der Meeresverschmutzung (Artikel 12), das Betreten von besonders geschützten Gebieten (Artikel 13), Maßnahmen als Reaktion auf umweltgefährdende Notfälle (Artikel 14) und die Haftung der für die Tätigkeiten in der Antarktis verantwortlichen Person (Artikel 15).

B.11.3. Titel 3 bezieht sich auf die Infrastrukturen, Ausrüstungen und Fahrzeuge in der Antarktis. Er legt für sie eine Eintragungspflicht fest, sieht die Schaffung eines nationalen Registers vor und erlegt dem Verantwortlichen für die Tätigkeiten in der Antarktis in diesem Zusammenhang bestimmte Pflichten auf.

B.11.4. Schließlich regelt Titel 4 im Wesentlichen die Sanktionen, die mit der Nichteinhaltung der in den vorangehenden Titeln 2 und 3 auferlegten Pflichten verbunden sind.

B.12. Nach Auffassung der klagenden Partei verstößt das Gesetz vom 21. Juli 2017 gegen die Zuständigkeit der Regionen in Umweltangelegenheiten und gegen die Zuständigkeit der Gemeinschaften und Regionen für die wissenschaftliche Forschung.



B.13.1. In Bezug auf die Zuständigkeit der Regionen bestimmt Artikel 6 § 1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen:

« Die Angelegenheiten, auf die sich Artikel 39 der Verfassung bezieht, sind:

[...]

II. was die Umwelt und die Wasserpolitik betrifft:

1. der Umweltschutz, insbesondere der Schutz des Bodens, des Untergrunds, des Wassers und der Luft gegen Verschmutzung und Schädigung, und die Lärmbekämpfung,

2. die Abfallpolitik,

[...] ».

B.13.2. Insoweit sie nicht anders darüber verfügt haben, haben der Verfassungsgeber und der Sondergesetzgeber den Gemeinschaften und den Regionen die vollständige Befugnis erteilt, Regeln aufzustellen, die den ihnen zugewiesenen Angelegenheiten eigen sind.

B.13.3. Aufgrund des vorerwähnten Artikels 6 § 1 II sind die Regionen dafür zuständig, den verschiedenen Formen der Umweltverschmutzung vorzubeugen und sie zu bekämpfen; der Regionalgesetzgeber leitet aus Nr. 1 dieser Bestimmung die allgemeine Befugnis ab, die es ihm ermöglicht, das zu regeln, was den Schutz der Umwelt gegen Verschmutzung und Schädigung betrifft.

B.14.1. Das Umweltschutzprotokoll zum Antarktis-Vertrag umfasst Bestimmungen, die in der innerstaatlichen Rechtsordnung sowohl in die Zuständigkeit der Föderalbehörde als auch der Regionen und Gemeinschaften fallen, und ist somit als ein « gemischter Vertrag » anzusehen, der wie in B.1 erwähnt gebilligt wurde.

B.14.2. Insoweit sich das Gesetz vom 21. Juli 2017 auf den Schutz der Umwelt in der Antarktis und ihrer abhängigen und verbundenen Ökosysteme bezieht, berührt es insbesondere die Zuständigkeit im Bereich des Umweltschutzes, der Abfallpolitik und der Erhaltung der Natur.

B.15. Bei der Durchführung wissenschaftlicher Forschung in der Antarktis müssen die Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Juli 2017, die die Bedingungen auf dem Gebiet des

Schutzes der Umwelt und der Natur festlegen, beachtet werden. Das Gesetz vom 21. Juli 2017 regelt jedoch nicht die wissenschaftliche Forschung im Sinne von Artikel 6bis des Sondergesetzes vom 8. August 1980 als solche.

Insoweit der erste Klagegrund aus einem Verstoß gegen die vorerwähnte Bestimmung abgeleitet ist, ist er unbegründet.

B.16.1. Aus Artikel 167 § 1 Absatz 1 der Verfassung geht hervor, dass die Föderalbehörde, die Regionen und die Gemeinschaften dafür zuständig sind, die internationale Zusammenarbeit, einschließlich des Abschlusses von Verträgen, « in den Angelegenheiten zu regeln, für die sie durch die Verfassung oder aufgrund der Verfassung zuständig sind ». Aus dieser Verfassungsbestimmung ergibt sich, dass der Verfassungsgeber die materielle Zuständigkeitsverteilung zum bestimmenden Faktor für die Zuständigkeit des Föderalstaates, der Regionen und der Gemeinschaften auf internationaler Ebene machen wollte (*Parl. Dok.*, Senat, Sondersitzungsperiode 1991-1992, Nr. 100-16/1°, S. 1).

B.16.2. Artikel 16 § 1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 sieht vor, dass die Zustimmung zu den Verträgen in den Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit des Parlaments fallen, vom betreffenden Parlament erteilt wird.

B.16.3. Bei der Ausübung ihrer materiellen Zuständigkeiten im innerstaatlichen Recht sind die Regionen jedoch verpflichtet, die Artikel 5, 39 und 134 der Verfassung in Verbindung mit den Artikeln 2 und 19 § 3 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen und mit den Artikeln 2 § 1 und 7 des Sondergesetzes vom 12. Januar 1989 über die Brüsseler Institutionen einzuhalten.

Die Gemeinschaften sind verpflichtet, die Regeln der territorialen Zuständigkeit, die in den Artikeln 127 bis 130 der Verfassung enthalten sind, zu beachten.

Diese Bestimmungen haben eine ausschließliche Verteilung der territorialen Zuständigkeiten eingeführt. Ein solches System setzt voraus, dass der Gegenstand einer jeden Norm, die ein regionaler Gesetzgeber oder ein Gemeinschaftsgesetzgeber erlässt, innerhalb seines Zuständigkeitsgebietes muss eingegrenzt werden können, so dass jedes konkrete Verhältnis oder jede konkrete Situation durch einen einzigen Gesetzgeber geregelt wird.

Im Rahmen der Ausführung der internationalen Verträge, die sie unterzeichnet haben, im innerstaatlichen Recht sind die Regionen und Gemeinschaften somit verpflichtet, diese territoriale Zuständigkeitsverteilung zu beachten.

B.17.1. Das Gesetz vom 21. Juli 2017 bezieht sich auf den Schutz der Antarktis. Bestimmte in diesem Gebiet durchgeführte Tätigkeiten sind verboten oder unterliegen einer Genehmigung und können bestraft werden (Titel 2 und 4). Außerdem ist eine Registrierungspflicht für alle Infrastrukturen, Ausrüstungen und Fahrzeuge in der Antarktis vorgeschrieben, deren Nichteinhaltung ebenfalls geahndet werden kann (Titel 3 und 4).

B.17.2. Da für eine solche Regelung kein Kriterium der Eingrenzung existiert, das diese Regelung dem territorialen Zuständigkeitsbereich einer bestimmten Region oder Gemeinschaft zuordnet, fällt sie in die Restzuständigkeit der Föderalbehörde (siehe im gleichen Sinne: Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, Gutachten Nr. 28.043/VR/3, *Parl. Dok.*, Kammer, 2003-2004, DOC 51-1332/001, S. 24).

B.17.3. Wie in B.14.1 erwähnt, ist das Umweltschutzprotokoll zum Antarktis-Vertrag ein gemischter Vertrag. Die Föderalbehörde muss diesen Umstand bei der Ausübung ihrer Zuständigkeiten, die dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und dem Grundsatz der föderalen Loyalität entsprechen muss, berücksichtigen.

B.17.4. Im vorliegenden Fall ist nicht festzustellen, dass der föderale Gesetzgeber durch das Gesetz vom 21. Juli 2017 die Ausübung der ihnen übertragenen Zuständigkeit durch die Regionen oder Gemeinschaften unmöglich gemacht oder übermäßig erschwert hätte.

B.18. Der erste Klagegrund ist folglich nicht begründet.

*In Bezug auf den zweiten Klagegrund*

B.19. Der zweite Klagegrund ist abgeleitet aus einem Verstoß der Artikel 3 Nr. 4, 5 § 1 und 26 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 gegen die Artikel 10 bis 12 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit dem Antarktis-Vertrag, insbesondere mit dessen Artikel VIII, mit der

Anlage VI des Protokolls, mit den Artikeln 3 und 4 des Strafgesetzbuches, mit den Artikeln 6 bis 14 des einleitenden Titels des Strafprozessgesetzbuches und mit dem Grundsatz der beiderseitigen Strafbarkeit.

B.20.1. Aus der Antragschrift und der Darlegung des Klagegrunds geht hervor, dass der Gerichtshof nicht gebeten wird, eine unmittelbare Prüfung anhand der vorerwähnten Kontrollnormen, sondern vielmehr anhand der Artikel 10 bis 12 der Verfassung in Verbindung mit diesen Bestimmungen vorzunehmen. In einem ersten Teil führt die klagende Partei an, dass die Artikel 3 Nr. 4 und 5 § 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 zu einem mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung in Verbindung mit dem Antarktis-Vertrag unvereinbaren Behandlungsunterschied zwischen den belgischen Staatsangehörigen, die einer Genehmigungspflicht unterliegen, und denjenigen, die ihr nicht unterliegen, führen würden, insofern diese beiden Kategorien von belgischen Staatsangehörigen Tätigkeiten ausüben könnten, die die gleichen Auswirkungen auf die Umwelt haben. In einem zweiten Teil macht sie geltend, dass die Regelung von strafrechtlichen Sanktionen, die in Artikel 26 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 vorgesehen ist, gegen die Artikel 10 bis 12 der Verfassung in Verbindung mit dem Antarktis-Vertrag, mit den Artikeln 3 und 4 des Strafgesetzbuches und mit den Artikeln 6 bis 14 des einleitenden Titels des Strafprozessgesetzbuches verstoßen würde.

B.20.2. Um den Erfordernissen nach Artikel 6 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof zu entsprechen, müssen die in der Klageschrift vorgebrachten Klagegründe angeben, welche Vorschriften, deren Einhaltung der Gerichtshof gewährleistet, verletzt wären und welche Bestimmungen gegen diese Vorschriften verstoßen würden, und darlegen, in welcher Hinsicht diese Vorschriften durch die fraglichen Bestimmungen verletzt würden.

Die klagende Partei legt nicht dar, inwiefern die angefochtenen Bestimmungen gegen Artikel 12 der Verfassung in Verbindung mit den Artikeln 3 und 4 des Strafgesetzbuches, mit den Artikeln 6 bis 14 des einleitenden Titels des Strafprozessgesetzbuches und mit dem Grundsatz der beiderseitigen Strafbarkeit verstoßen würden. Insofern der Klagegrund aus einem Verstoß gegen diese Bestimmungen und diesen Grundsatz abgeleitet ist, ist er unzulässig.

B.20.3. Da Belgien die Anlage VI zum Protokoll nicht ratifiziert hat, ist der Klagegrund unzulässig, insofern er aus einem Verstoß gegen diese Anlage abgeleitet ist.

B.20.4. Folglich ist der zweite Klagegrund nur insoweit zulässig, als er aus einem Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung in Verbindung mit dem Antarktis-Vertrag abgeleitet ist.

B.20.5. Da die Prüfung durch den Gerichtshof die Analyse des Inhalts des Antarktis-Vertrags umfasst, muss der Gerichtshof berücksichtigen, dass es sich hierbei nicht um einen einseitigen Hoheitsakt handelt, sondern um eine Vertragsnorm, zu deren Einhaltung gegenüber anderen Staaten Belgien sich völkerrechtlich verpflichtet hat.

*Der Anwendungsbereich der Genehmigungspflicht (Artikel 5 § 1 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 3 Nrn. 4, 5 und 10 bis 13)*

B.21. Artikel 5 § 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 in Verbindung mit Artikel 3 Nr. 4 desselben Gesetzes führt eine vorherige Genehmigungspflicht für jede menschliche Tätigkeit im Gebiet des Antarktis-Vertrags ein, die (a) entweder in Belgien oder von Belgien aus organisiert wird oder (b) in, an Bord oder mit Hilfe einer Infrastruktur oder eines Fahrzeugs, die bzw. das Gegenstand eines Baus oder Aufbaus im Rahmen einer in Belgien oder von Belgien aus organisierten Tätigkeit ist, durchgeführt wird. Diese Infrastrukturen und Fahrzeuge unterliegen zudem einer Eintragungspflicht (Artikel 20) mit der Folge, dass sie der Anwendung des belgischen Rechts unterliegen (Artikel 21) und dass sie in die Zuständigkeit der belgischen Gerichte fallen (Artikel 24).

Der Genehmigungsantrag ist von der für die Tätigkeit verantwortlichen Person beim föderalen Minister der Umwelt einzureichen (Artikel 5 § 1 Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 3 Nr. 14). Dieser entscheidet über den Genehmigungsantrag auf der Grundlage der von der für die Tätigkeit verantwortlichen Person in dem Genehmigungsantrag vorgelegten Informationen, insbesondere in Bezug auf die Umweltauswirkungen der geplanten Tätigkeiten und angesichts des Vorsorgeprinzips (Artikel 6 §§ 1 und 2).

Wenn davon ausgegangen wird, dass die Tätigkeiten weniger als eine geringfügige oder vorübergehende Auswirkung haben, stellt der Minister die Genehmigung innerhalb von 60 Tagen ab der Einreichung des Genehmigungsantrags aus (Artikel 7 § 1). Wenn davon ausgegangen wird, dass die Auswirkung geringfügig oder vorübergehend ist oder mehr als geringfügig oder vorübergehend ist, entscheidet der Minister über den Genehmigungsantrag auf der Grundlage einer der Bewertungen der Umweltauswirkungen (vorläufig oder umfassend), die in Anlage I zum Protokoll erwähnt sind, innerhalb von 120 Tagen nach der Übermittlung dieser Bewertung der Umweltauswirkungen durch den Antragsteller (Artikel 7 § 2 in Verbindung mit Artikel 3 Nr. 6).

Der Minister der Umwelt sorgt für die Einhaltung der Bedingungen der Genehmigung (Artikel 16). Falls sie nicht eingehalten werden, weist er die für die Tätigkeit verantwortliche Person an, die Bedingungen der Genehmigung umzusetzen (Artikel 17 § 1). Er ergreift die zweckdienlichen Maßnahmen, um die Risiken und/oder die nachteiligen Folgen für die Umwelt zu begrenzen, die durch die Tätigkeit, die Gegenstand einer Genehmigung ist, verursacht werden (Artikel 17 § 2), und um der in Artikel 5 § 1 Absatz 1 erwähnten Tätigkeit, die ohne Genehmigung durchgeführt wird oder über die erteilte Genehmigung hinausgeht, ein Ende zu setzen (Artikel 17 § 3).

Der in Artikel 17 § 1 Absatz 3 erwähnte Fall, dass den Anweisungen des Ministers keine Folge geleistet wird, kann mit einer administrativen Sanktion (Artikel 25 § 2) und mit einer strafrechtlichen Sanktion belegt werden (Artikel 26 § 3). Das Gleiche gilt für den in Artikel 17 § 3 erwähnten Fall, dass Tätigkeiten ohne Genehmigung oder Tätigkeiten, die über die vom Minister ausgestellte Genehmigung hinausgehen, durchgeführt werden (Artikel 25 § 3 und 26 § 2).

B.22. Die klagende Partei macht geltend, dass Artikel 5 § 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 einen Behandlungsunterschied, der einer vernünftigen Rechtfertigung entbehre, einführen würde zwischen einerseits den belgischen Staatsangehörigen, die eine in B.21 erwähnte Tätigkeit durchführten, und andererseits den belgischen Staatsangehörigen, die eine Tätigkeit in der Antarktis durchführten, die nicht in Belgien oder von Belgien aus organisiert werde und die nicht in, an Bord oder mit Hilfe einer Infrastruktur oder eines Fahrzeugs, die bzw. das Gegenstand eines Baus oder Aufbaus im Rahmen einer in Belgien oder von Belgien

aus organisierter Tätigkeit ist, durchgeführt werde, insofern die zweite Kategorie belgischer Staatsangehöriger keiner Genehmigungspflicht unterliege.

B.23.1. Laut den Vorarbeiten ist eines der wichtigsten Ziele des Gesetzes vom 21. Juli 2017, die beweglichen oder unbeweglichen Güter (Infrastrukturen und Fahrzeuge), die sich in der Antarktis befinden und die eine objektive Verbindung zu Belgien aufgrund des Umstands aufweisen, dass sie im Rahmen von Tätigkeiten, die Gegenstand einer vom föderalen Minister der Umwelt ausgestellten Genehmigung sind, in der Antarktis erbaut oder aufgebaut werden, einer Eintragungspflicht und damit der Anwendung des belgischen Rechts zu unterwerfen (*Parl. Dok.*, Kammer, 2016-2017, DOC 54-2276/001, S. 6).

B.23.2. Der Anwendungsbereich der in Artikel 5 § 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 erwähnten Genehmigungspflicht ist durch zwei alternative Anknüpfungskriterien, die unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Person sind, die für die in der Antarktis durchzuführende Tätigkeit verantwortlich ist, definiert:

« Le critère de rattachement à la juridiction belge et qui définit le champ d'application de la loi en projet pour ce qui concerne l'exigence du permis est alternatif :

(a) d'une part, le critère du lieu (en l'espèce le territoire belge) à partir duquel l'activité est organisée ou au départ duquel elle est menée;

(b) d'autre part, le critère du lieu où l'activité est menée, exécutée, à savoir une infrastructure ou un véhicule immatriculé(e) conformément à la loi en projet.

Il est à noter que le critère de rattachement repris sous le point (a) requiert un lien substantiel et objectif avec la Belgique. Ceci implique que, dans le cas d'une activité organisée en Belgique, il soit possible de démontrer que les principales décisions et l'autorité relative à leur exécution sont respectivement prises et exercées sur le territoire belge. Dans le cas d'activités menées au départ de la Belgique, il doit pouvoir être démontré que la principale expédition en charge des activités concernées en Antarctique a bien son point d'origine et de départ en Belgique. Par exemple, l'affrètement d'un navire ou d'un aéronef destiné à transporter le personnel et le fret, ou la plus grande partie de ceux-ci, vers l'Antarctique. Il n'est toutefois pas requis que la destination finale du voyage maritime ou du vol au départ de la Belgique soit l'Antarctique, pour autant que cela soit la destination finale des passagers et du fret. *A contrario*, le fait que la Belgique serve de territoire d'étape pour le personnel et/ou le fret d'une mission en Antarctique ne permet pas de satisfaire au critère repris sous le point (a). Il en va de même si des membres ou des marchandises d'une expédition organisée à l'étranger partent du territoire belge afin de rejoindre cette expédition, en Antarctique ou ailleurs.

Pour ce qui concerne le critère de rattachement repris au point (b), il suffit de démontrer l'immatriculation de l'infrastructure ou du véhicule utilisé(e) pour mener l'activité. Lorsqu'une activité en Antarctique est menée sous permis étranger ou sous une autorisation équivalente de la part d'un autre État, le permis délivré par la Belgique ne porte que sur l'utilisation de l'infrastructure, de ses équipements ou du véhicule immatriculés conformément à la loi en projet, indépendamment du reste de l'activité qui reste soumise au permis étranger.

Il est également à noter que la nationalité de la personne (physique ou morale) visée par le premier paragraphe de cet article n'entre pas en ligne de compte, puisque l'obligation de permis s'impose en fonction du critère alternatif *ratione loci*, quelle que soit la nationalité de celui qui entreprend l'activité. Le demandeur et titulaire du permis doit être celui qui exerce le pouvoir de décision effectif sur les activités entreprises et sur leur exécution, c'est-à-dire la personne responsable de l'activité au sens de l'article 3, 5°.

Hormis le cas prévu au § 4 et celui prévu à l'article 9, il est donc interdit d'entreprendre une activité en Antarctique sans permis préalable. Le champ d'application de cette disposition inclut toute activité menée au sein, à bord ou au moyen d'une infrastructure ou d'un véhicule visé(e) à l'article 21 de la loi. La délivrance du permis doit être demandée par la personne responsable de l'activité au Ministre de l'Environnement » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2016-2017, DOC 54-2276/001, SS. 9-10).

Solche Kriterien sind objektiv.

B.24. Im Gegensatz zu dem, was die klagende Partei anführt, ist der Anwendungsbereich der angefochtenen Maßnahme in Anbetracht der in Artikel 3 Nr. 4, 5 und 10 bis 13 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 erwähnten Definitionen ausreichend klar abgefasst. Zu diesen wurde in den Vorarbeiten präzisiert:

« La définition du terme ' activité ' a été introduite sur recommandation de la section de législation du Conseil d'État. Il est à noter que ce terme n'est pas défini par le Protocole. Dès lors, la définition légale se veut la plus large possible, afin de ne pas restreindre la portée de la loi eu égard aux obligations internationales de la Belgique, tout en clarifiant la notion d'activité. La définition exclut à ce titre les effets dans la zone antarctique d'activités menées hors de cette zone antarctique (pollutions marines ou atmosphériques, changements climatiques d'origine anthropique, etc.).

[...]

Le terme ' Infrastructure ' couvre l'ensemble des installations indépendamment de leur statut de bien meuble ou immeuble (par nature ou par destination). Il convient en effet de tenir compte des diverses solutions techniques adoptées pour la conception et le placement de stations en Antarctique (stations fixes ou stations mobiles, stations permanentes ou éphémères).



Les stations mobiles se distinguent des véhicules dans la mesure où elles sont principalement destinées à héberger des équipages et leurs activités et non à effectuer des déplacements réguliers, notamment en vue du transport de personnes ou de biens.

Le terme ‘ infrastructure ’ s’applique donc également à des structures flexibles ou/et provisoires (ex. : tentes, préfabriqués) destinés à procurer un espace couvert dans lequel les activités peuvent être menées.

Le terme ‘ véhicules ’ désigne les moyens de locomotion mécaniques terrestres utilisés notamment afin de desservir les infrastructures, tels que les véhicules à chenilles, les motos-neige, les grues ou les tracteurs.

Un certain nombre de définitions ont été introduites afin de répondre, directement ou indirectement, aux commentaires de la section de législation du Conseil d’État. Ainsi, les définitions de ‘ construction ’ et de ‘ placement ’ permettent de mieux circonscrire le champ d’application de la loi. Il est à noter que la suggestion d’amélioration émise par le Conseil d’État et qui consistait à parler d’‘ utilisation ’ au lieu de ‘ placement ’, n’a pas pu être retenue. La raison en est que le but de la loi n’est pas d’imposer l’immatriculation – avec les effets qu’elle engendre – de biens utilisés sous couvert d’un permis délivré par les autorités belges. De tels biens pourraient en effet être la propriété d’un autre État ou de ses ressortissants, dans un tel cas, l’utilisation ne constituerait pas un lien suffisamment pertinent avec la juridiction belge » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2016-2017, DOC 54-2276/001, SS. 7-8).

Da Schiffe und Luftfahrzeuge aus dem Begriff « Fahrzeug », der in Artikel 3 Nr. 11 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 erwähnt ist, ausgeschlossen sind, sind sie nicht von der in Artikel 5 § 1 Absatz 1 Buchstabe *b*) desselben Gesetzes erwähnten Genehmigungspflicht betroffen.

B.25.1. Indem der Gesetzgeber die Tätigkeiten in der Antarktis, die in oder von Belgien aus organisiert werden, und die Tätigkeiten, die mit Hilfe von in diesem Rahmen erbauten oder aufgebauten Gütern durchgeführt werden, einer vorherigen Genehmigungspflicht unterworfen hat, hat er eine sachdienliche Maßnahme im Hinblick auf die verfolgte Zielsetzung ergriffen. Die angefochtene Maßnahme ermöglicht es nämlich, die Güter zu identifizieren, die eine objektive Verbindung zu Belgien aufweisen, um diese einer Eintragungspflicht, der Anwendung des belgischen Rechts und der Ausweitung der Zuständigkeit der belgischen Gerichte, die in den Artikeln 20, 21 und 24 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 vorgesehen sind, zu unterwerfen. Durch die angefochtene Maßnahme kann Belgien sich außerdem an die internationalen Verpflichtungen halten, die in den Artikeln 3 und 8 des Protokolls und in dessen Anlage I erwähnt sind (*Parl. Dok.*, Kammer, 2016-2017, DOC 54-2276/001, S. 9).

Der zwischen den belgischen Staatsangehörigen eingeführte Behandlungsunterschied, je nachdem, ob sie dieser Maßnahme unterworfen sind oder nicht, entbehrt folglich nicht einer vernünftigen Rechtfertigung.

Im Gegensatz zu dem, was die klagende Partei anführt, beeinträchtigt die angefochtene Maßnahme nicht die internationale Zusammenarbeit. Artikel 5 § 4 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 sieht die Möglichkeit vor, eine Tätigkeit, die bereits von einer ausländischen Genehmigung abgedeckt ist, « und insbesondere im Fall von wissenschaftlichen Tätigkeiten, die unter eine Zusammenarbeit im Rahmen von staatlichen Forschungsprogrammen fallen » von einer belgischen Genehmigung zu befreien. Wie bei den in B.23.2 zitierten Vorarbeiten erwähnt wurde, bezieht sich eine von Belgien erteilte Genehmigung, « wenn eine Tätigkeit in der Antarktis mit einer ausländischen Genehmigung oder einer gleichwertigen Erlaubnis eines anderen Staates durchgeführt wird, nur auf die Nutzung der Infrastruktur, ihrer Ausrüstungen oder des Fahrzeugs, die gemäß dem im Entwurf befindlichen Gesetzes eingetragen wurden, unabhängig von der restlichen Tätigkeit, die weiterhin der ausländischen Genehmigung unterliegt » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2016-2017, DOC 54-2276/001, S. 10). Zudem sieht Artikel 9 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 eine Ausnahme von der Genehmigungspflicht im Notfall im Sinne von Artikel 7 der Anlage I zum Protokoll vor. Schließlich bestimmt Artikel 19 des Gesetzes vom 21. Juli 2017, dass das angefochtene Gesetz zwischenstaatliche Abkommen zum Bau, zum Aufbau, zum Betrieb, zur Instandhaltung oder Nutzung von Infrastrukturen oder Fahrzeugen in der Antarktis nicht berührt. Nach den Vorarbeiten hat « die Ausweitung der belgischen Gerichtsbarkeit auf die Infrastrukturen, Ausrüstungen und Fahrzeuge gemäß dem vorliegenden Gesetzentwurf [...] eine ergänzende Funktion zu den vorerwähnten Abkommen, sofern in diesen Abkommen *Ad-hoc*-Regeln zur Bestimmung der Gerichtsbarkeit für die Tätigkeiten, die ihren Gegenstand bilden, vorgesehen sind » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2016-2017, DOC 54-2276/001, S. 16).

Artikel VIII des Antarktis-Vertrags bestimmt:

« (1) Um den nach Artikel 7 Absatz 1 benannten Beobachtern und dem nach Artikel III Absatz 1 Buchstabe b ausgetauschten wissenschaftlichen Personal sowie den diese Personen begleitenden Mitarbeitern die Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach diesem Vertrag zu erleichtern, unterstehen sie - unbeschadet der Haltung der Vertragsparteien bezüglich der Gerichtsbarkeit über alle anderen Personen in der Antarktis - in Bezug auf alle Handlungen oder Unterlassungen, die sie während ihres der Wahrnehmung ihrer Aufgaben dienenden

Aufenthalts in der Antarktis begehen, nur der Gerichtsbarkeit der Vertragsparteien, deren Staatsangehörige sie sind.

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 werden bis zur Annahme von Maßnahmen nach Artikel IX Absatz 1 Buchstabe e die Vertragsparteien, die an einer Streitigkeit über die Ausübung von Gerichtsbarkeit in der Antarktis beteiligt sind, einander umgehend konsultieren, um zu einer für alle Seiten annehmbaren Lösungen zu gelangen ».

Artikel IX Absatz 1 Buchstabe e desselben Vertrags bestimmt :

« Vertreter der [...] Vertragsparteien halten [...] Tagungen ab, um Informationen auszutauschen, sich über Fragen von gemeinsamem Interesse im Zusammenhang mit der Antarktis zu konsultieren und Maßnahmen auszuarbeiten, zu erörtern und ihren Regierungen zu empfehlen, durch welche die Grundsätze und Ziele des Vertrags gefördert werden, darunter Maßnahmen

[...]

e) im Zusammenhang mit Fragen betreffend die Ausübung von Gerichtsbarkeit in der Antarktis;

[...] ».

Artikel VIII Absatz 1 des Antarktis-Vertrags sieht vor, dass die Gerichtsbarkeit des Staates, deren Staatsangehörige sie sind, auf die nach dem Vertrag benannten Beobachter, auf das wissenschaftliche Personal, das nach dem Vertrag ausgetauscht wird, und auf die Personen, die sie begleiten, Anwendung findet. Artikel VIII Absatz 2 des Vertrags sieht vor, dass die Parteien jede Streitigkeit bezüglich der Gerichtsbarkeit in der Antarktis nach dem Grundsatz der Zusammenarbeit regeln. Bis zur Annahme von Maßnahmen zur Ausführung von Artikel IX Absatz 1 Buchstabe e des Vertrags regelt dieser weder die Frage der Ausübung der Gerichtsbarkeit über die anderen Personen, die Tätigkeiten in der Antarktis durchführen, noch über die Güter, die sich dort befinden. Folglich ist die angefochtene Maßnahme, die in der Antarktis ausgeführte Tätigkeiten aufgrund des Ortes der Organisation in oder von Belgien aus und nicht aufgrund der Staatsangehörigkeit der Personen, die an ihnen teilnehmen, einer vorherigen Genehmigung belgischen Rechts unterwirft, mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung in Verbindung mit diesem Vertrag vereinbar.

B.25.2. Insoweit die klagende Partei anführt, dass einige Staaten keine Genehmigung für ihre Staatsangehörigen, um sich in die Antarktis zu begeben, ausstellen, ergibt sich der in dem Klagegrund angeführte Behandlungsunterschied daraus, dass nach dem Gesetz vom 21. Juli

2017 andere rechtliche Regelungen angewandt werden als nach dem Recht anderer Staaten. Ein solcher Behandlungsunterschied weist keinen Zusammenhang mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung auf.

B.26. Der erste Teil des zweiten Klagegrunds ist unbegründet.

*Strafrechtliche Sanktionen (Artikel 26 §§ 2 und 3 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 in Verbindung mit Artikel 5 § 1 Absatz 1 und mit Artikel 17 § 1 Absatz 3 und § 3 desselben Gesetzes)*

B.27. Nach Auffassung der klagenden Partei verstößt die Regelung der strafrechtlichen Sanktionen, die in Artikel 26 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 vorgesehen ist, gegen die im Klagegrund erwähnten Referenznormen, insofern sie im Widerspruch zu Artikel 13 Absatz 1 des Protokolls stehe, insofern sie nicht auf belgische Staatsangehörige anwendbar sei, die nicht in den Anwendungsbereich des vorerwähnten Gesetzes fallen, und insofern sie gleichermaßen auf alle Personen anwendbar sei, die eine Tätigkeit in der Antarktis durchführen, ohne dass ihre Staatsangehörigkeit und die Art ihrer konkreten Tätigkeit berücksichtigt werde.

Aus der Darlegung des Klagegrunds ergibt sich, dass sich die Beschwerdegründe ausschließlich auf die strafrechtlichen Sanktionen beziehen, die auf den in Artikel 17 § 1 Absatz 3 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 erwähnten Fall, dass den Anweisungen des Ministers keine Folge geleistet wird (Artikel 26 § 3), und auf den in Artikel 17 § 3 desselben Gesetzes erwähnten Fall, dass Tätigkeiten ohne Genehmigung oder Tätigkeiten, die über die vom Minister ausgestellte Genehmigung hinausgehen, durchgeführt werden (Artikel 26 § 2), anwendbar sind.

B.28.1. Artikel X des Antarktis-Vertrags bestimmt:

« Jede Vertragspartei verpflichtet sich, geeignete, im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen stehende Anstrengungen zu unternehmen, um zu verhindern, dass in der Antarktis eine Tätigkeit entgegen den Grundsätzen oder Zielen dieses Vertrags aufgenommen wird ».

Artikel 13 Absätze 1 und 2 des Protokolls bestimmt:

« (1) Jede Vertragspartei trifft im Rahmen ihrer Zuständigkeit geeignete Maßnahmen, einschließlich der Verabschiedung von Gesetzen und sonstigen Vorschriften und der Durchführung von Verwaltungs- und Vollstreckungsmaßnahmen, um die Einhaltung dieses Protokolls zu gewährleisten.

(2) Jede Vertragspartei unternimmt geeignete Anstrengungen im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, um zu verhindern, dass eine Tätigkeit entgegen diesem Protokoll aufgenommen wird ».

Mit diesen Bestimmungen werden die Staaten, die Parteien des Antarktis-Vertrags und seines Protokolls sind, angehalten, geeignete Maßnahmen, gegebenenfalls strafrechtlicher Natur, zu treffen, um die Einhaltung des Vertrags und des Protokolls sicherzustellen.

B.28.2. Der Umstand, dass die in Artikel 26 §§ 2 und 3 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen auf belgische Staatsangehörige, die nicht dem Anwendungsbereich der in Artikel 5 § 1 Absatz 1 desselben Gesetzes erwähnten Genehmigungspflicht unterliegen, keine Anwendung finden, ergibt sich aus dem Anwendungsbereich der letztgenannten Bestimmung, die - wie in B.22 bis B.26 erwähnt - nicht gegen die im Klagegrund erwähnten Referenznormen verstößt.

Die angefochtene Maßnahme ist sachdienlich hinsichtlich der verfolgten Zielsetzung, insofern sie vorsieht, dass dieselben strafrechtlichen Sanktionen Anwendung finden, unabhängig von der Art der ausgeübten Tätigkeit oder der Staatsangehörigkeit der für die Tätigkeit verantwortlichen Person, in Anbetracht der Entscheidung des Gesetzgebers für eine Genehmigungspflicht auf der Grundlage der Gerichtsbarkeit des Staates, in dem der Ort liegt, von dem aus diese Tätigkeit organisiert wird, und nicht auf der Grundlage der Staatsangehörigkeit der verantwortlichen Person.

Belgische Staatsangehörige, die eine Tätigkeit durchführen, die nicht der in Artikel 5 § 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 erwähnten Genehmigungspflicht unterliegt, können im Fall der Nichteinhaltung des Protokolls, gegebenenfalls aufgrund des Rechts des Staates, von dem aus ihre Tätigkeit organisiert wird, strafrechtlich verfolgt werden.

B.29. Folglich verstößt Artikel 26 §§ 2 und 3 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 nicht gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung in Verbindung mit dem Antarktis-Vertrag und dem Protokoll.

Der zweite Teil des zweiten Klagegrunds ist unbegründet.

*In Bezug auf den dritten Klagegrund*

B.30. Der dritte Klagegrund ist abgeleitet aus einem Verstoß von Artikel 23 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 gegen die Artikel 10, 11 und 14 der Verfassung in Verbindung mit Artikel 7 der Europäischen Menschenrechtskonvention und mit den Bestimmungen von Buch I des Strafprozessgesetzbuches. Die klagende Partei bemängelt den Umstand, dass Artikel 23 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 weder etwas über die Untersuchungsbefugnisse der Personen, die zur Feststellung von Verstößen gegen das Gesetz vom 21. Juli 2017 befugt sind, noch etwas über die Form und die von diesen Personen bei der Erfüllung ihrer Aufgabe einzuhaltenden Bedingungen sagt.

B.31. Der Gerichtshof ist nicht befugt, die angefochtenen Bestimmungen anhand von Gesetzesnormen zu überprüfen. Insofern der Klagegrund aus einem Verstoß gegen die Bestimmungen von Buch I des Strafprozessgesetzbuches abgeleitet ist, ist er unzulässig.

B.32.1. Artikel 14 der Verfassung bestimmt:

« Eine Strafe darf nur aufgrund des Gesetzes eingeführt oder angewandt werden ».

Artikel 7 Absatz 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention bestimmt:

« Niemand kann wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt werden, die zur Zeit ihrer Begehung nach inländischem oder internationalem Recht nicht strafbar war. Ebenso darf keine höhere Strafe als die im Zeitpunkt der Begehung der strafbaren Handlung angedrohte Strafe verhängt werden ».

B.32.2. Insofern er das Legalitätsprinzip in Strafsachen gewährleistet, hat Artikel 7 Absatz 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention eine ähnliche Tragweite wie die Artikel 12 Absatz 2 und 14 der Verfassung.

B.32.3. Aus diesen Bestimmungen geht hervor, dass das Strafgesetz so formuliert werden muss, dass jeder zu dem Zeitpunkt, wo er ein Verhalten annimmt, wissen kann, ob dieses Verhalten strafbar ist oder nicht, und die gegebenenfalls die drohende Strafe kennen kann. Das Legalitätsprinzip und der Grundsatz der Vorhersehbarkeit gelten für das gesamte Strafverfahren. Somit soll durch die vorerwähnten Bestimmungen jegliche Gefahr eines willkürlichen Eingreifens der ausführenden oder der rechtsprechenden Gewalt bei der Festlegung und Anwendung der Strafen ausgeschlossen werden.

Das Legalitätsprinzip in Strafsachen reicht nicht so weit, dass der Gesetzgeber verpflichtet wäre, selbst jeden Aspekt der Unterstrafestellung, der Strafe oder des Strafverfahrens zu regeln. Es verhindert es insbesondere nicht, dass der Gesetzgeber dem Richter oder der Staatsanwaltschaft eine Ermessensbefugnis gewährt. Die allgemeine Beschaffenheit der Gesetzesbestimmungen, die Verschiedenartigkeit der Situationen, auf die sie Anwendung finden, und die Entwicklung der durch sie geahndeten Verhaltensweisen müssen nämlich berücksichtigt werden.

B.32.4. Im vorliegenden Fall wird nicht die Legalität der Unterstrafestellung oder der Strafe, sondern diejenige des Strafverfahrens in Frage gestellt.

Eine Ermächtigung der ausführenden Gewalt verletzt nicht dieses Prinzip, insofern die Ermächtigung ausreichend genau beschrieben ist und sich auf die Ausführung von Maßnahmen bezieht, deren wesentliche Elemente vorher durch den Gesetzgeber festgelegt wurden.

Das Erfordernis der Vorhersehbarkeit des Strafverfahrens garantiert jedem Rechtsunterworfenen, dass er nur Gegenstand einer Ermittlung, einer gerichtlichen Untersuchung oder einer Verfolgung gemäß einem Verfahren sein kann, von dem er vor dessen Anwendung Kenntnis nehmen kann.

B.33. Artikel 23 § 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 sieht vor, dass die für die Tätigkeit verantwortliche Person oder jede andere Person dem Prokurator des Königs - unmittelbar und unverzüglich oder spätestens nach ihrer Rückkehr nach Belgien - die Verstöße gegen das Gesetz vom 21. Juli 2017 oder jedes andere anwendbare Gesetz, die sie feststellt, berichtet.

In den Vorarbeiten zu der angefochtenen Bestimmung wird angeführt:

« Toute constatation d'infractions relatives à la présente loi en projet et commises en Antarctique sera communiquée aux autorités judiciaires belges. La dénonciation par une autorité étrangère qualifiée constitue un constat d'infraction valable » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2016-2017, DOC 54-2276/001, S. 18).

Artikel 23 § 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 beschränkt sich darauf, auf die Regel hinzuweisen, nach der jede Person Straftaten, von denen sie Kenntnis hat, beim Prokurator des Königs anzuzeigen hat, der anschließend im Rahmen seines Ermittlungsauftrags eine Akte eröffnen kann. Die Anzeige eines Verstoßes kann die Gerichtsbehörden auf das Vorliegen eines strafrechtlichen Verstoßes hinweisen, aber die Anzeige an sich stellt keinen Beweis für einen strafrechtlichen Verstoß dar.

B.34.1. Artikel 23 § 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 bestimmt, dass eine belgische oder ausländische Person die Feststellung eines « anderen als des in § 1 erwähnten » Verstoßes gegen die Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Juli 2017, der im Gebiet des Antarktis-Vertrags begangen wird, so schnell wie möglich einem dafür vom Minister bestellten Bediensteten mitteilt. Artikel 23 § 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 präzisiert, dass dieser Verstoß von jeder zuständigen Behörde eines Staates, der Konsultativpartei des Antarktis-Vertrags ist, oder von ihrem Vertreter festgestellt werden kann, deren Bericht als Protokoll gilt.

In den Vorarbeiten wurde Folgendes hervorgehoben:

« [Le député] note qu'au paragraphe 1er, l'article 23 vise ' une infraction à la présente loi, ou à toute autre loi applicable '. Toute infraction est donc visée. Le paragraphe 2 vise cependant ' Toute constatation d'une infraction, autre que celle visée au § 1er '. Comment ces deux paragraphes s'articulent-ils ?

La ministre répond que le paragraphe 1er concerne une infraction ' constatée par la personne responsable de l'activité ou par tout[e] autre personne '. Le paragraphe 2 concerne



une infraction ‘ constatée par toute autorité compétente d’un État, partie consultative au Traité sur l’Antarctique, ou par son représentant ’. L’objectif des deux paragraphes ainsi réunis consiste en ce que toute infraction puisse être constatée, afin d’y répondre avec célérité et efficacité » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2016-2017, DOC 54-2276/004, SS. 27-28).

B.34.2. Daraus ergibt sich, dass die Begriffe « belgische oder ausländische Personen », die in Artikel 23 § 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 erwähnt sind, im Lichte von Absatz 2 derselben Bestimmung als eine Bezeichnung für « jede zuständige Behörde eines Staates, der Konsultativpartei des Antarktis-Vertrags ist, oder ihren Vertreter » zu verstehen sind. Folglich ist Artikel 23 § 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 in dem Sinne zu lesen, dass jede zuständige Behörde eines Staates, der Konsultativpartei des Antarktis-Vertrags ist, oder ihr Vertreter, ob belgischer oder ausländischer Staatsangehörigkeit, verpflichtet ist, den vom Minister dafür bestellten Bediensteten über jeden von ihr festgestellten Verstoß gegen die Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Juli 2017, der im Gebiet des Antarktis-Vertrags begangen wird, zu informieren.

B.34.3. Der mit der Aufnahme der Feststellung solcher Verstöße beauftragte Bedienstete wird gegenwärtig durch den ministeriellen Erlass vom 5. Februar 2019 « zur Bestellung des Bediensteten, der mit der Aufnahme der Feststellung von im Gebiet des Antarktis-Vertrags begangenen Verstößen beauftragt und der in Artikel 23 § 2 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 über den Umweltschutz und die Regulierung der in Antarktika unter der Gerichtsbarkeit Belgiens geführten Tätigkeiten erwähnt ist » bestellt. Somit ist die Person, der der Verstoß berichtet werden muss, ausreichend präzise bestimmt. Außerdem ist der nach Artikel 23 § 2 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 bestellte Bedienstete nur damit beauftragt, die Feststellung von Verstößen aufzunehmen. Deren Rechtsverfolgung fällt unter das Monopol des Prokurators des Königs, bei dem dieser Bedienstete gemäß Artikel 29 Absatz 1 des Strafprozessgesetzbuches verpflichtet ist, die Verstöße, von denen er über das in Artikel 23 § 2 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 vorgesehene Feststellungsverfahren Kenntnis hat, anzuzeigen.

Durch das Gesetz vom 21. Juli 2017 wird dem Protokoll zur Feststellung der Verstöße keine besondere Beweiskraft verliehen.

Die Personen im Sinne von Artikel 23 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 besitzen keine besonderen Untersuchungsbefugnisse und sie dürfen auch keine Zwangsmittel anwenden.

B.35. Das Verfahren zur Feststellung der in Artikel 23 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 erwähnten Verstöße entspricht dem in B.32.4 erwähnten Erfordernis der Vorhersehbarkeit und ist folglich mit dem Legalitätsprinzip in Strafsachen vereinbar.

Der dritte Klagegrund ist unbegründet.

*In Bezug auf den vierten Klagegrund*

B.36. Der vierte Klagegrund ist abgeleitet aus einem Verstoß gegen Artikel 14 der Verfassung in Verbindung mit Artikel 2 des Strafgesetzbuches, mit dem Grundsatz *non bis in idem*, mit den Grundsätzen der guten Verwaltung und mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Nach Auffassung der klagenden Partei geht die in Artikel 14 § 2 Absatz 4 und in den Artikeln 15, 25 und 26 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 vorgesehene Kumulierung von zivilrechtlichen, administrativen und strafrechtlichen Sanktionen zu weit.

B.37. Die klagende Partei legt nicht dar, inwiefern die angefochtenen Bestimmungen gegen den allgemeinen Grundsatz der Nichtrückwirkung von Gesetzen in Strafsachen, wie er insbesondere in Artikel 2 des Strafgesetzbuches zum Ausdruck kommt, und die Grundsätze der guten Verwaltung verstoßen würden. Der Klagegrund ist unzulässig, insofern er aus einem Verstoß gegen diese Grundsätze abgeleitet ist.

B.38.1. Aufgrund des allgemeinen Rechtsgrundsatzes *non bis in idem*, der ebenfalls durch Artikel 14 Absatz 7 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte gewährleistet wird, darf niemand wegen einer strafbaren Handlung, wegen der er bereits « nach dem Gesetz und dem Strafverfahrensrecht des jeweiligen Landes » rechtskräftig verurteilt oder freigesprochen worden ist, erneut verfolgt oder bestraft werden. Dieser Grundsatz ist ebenfalls in Artikel 4 des in Bezug auf Belgien am 1. Juli 2012 in Kraft getretenen siebten Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention und, was dessen Anwendungsbereich betrifft, in Artikel 50 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert.

Gemäß der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte verbietet es der Grundsatz *non bis in idem*, « eine Person für einen zweiten ‘ Verstoß ’ zu verfolgen oder zu verfolgen oder zu verurteilen, insofern dieser auf identischen Tatbeständen oder auf Tatbeständen, die im Wesentlichen die gleichen sind, beruht » (EuGHMR, Große Kammer, 10. Februar 2009, *Zolotoukhine gegen Russland*, § 82).

B.38.2. Wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte anmerkt, enthält Artikel 4 des siebten Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention eine Garantie, die « gilt, wenn neue Verfolgungen eingeleitet werden und die vorherige Entscheidung des Freispruchs oder der Verurteilung bereits rechtskräftig war » (EuGHMR, Große Kammer, 10. Februar 2009, vorerwähnt, § 83; 20. November 2012, *Pacifico gegen Italien*, § 73).

B.39. Durch die Einführung der administrativen Sanktionen wollte der Gesetzgeber eine verhältnismäßigere Regelung an Sanktionen als diejenige, die zuvor durch das Gesetz vom 7. April 2005 vorgesehen war, einführen:

« Une autre importante lacune est comblée par ce projet de loi : les autorités belges étaient dépourvues de tout pouvoir d’injonction pour la mise en œuvre d’un permis une fois celui-ci accordé par le Ministre de l’Environnement. La loi du 7 avril 2005 prévoyait bien des sanctions pénales, mais aucune autre forme de sanctions n’était prévue. Il était manifestement disproportionné d’avoir recours d’office à la voie pénale dans le cas du non-respect des dispositions d’un permis délivré pour une activité basée sur cette loi, ce qui en soi la privait de tout véritable effet dissuasif. Le projet de loi, tout en respectant les droits de la défense de la personne responsable de l’activité introduit la possibilité de sanctions administratives » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2016-2017, DOC 54-2276/001, S. 5; siehe auch ebenda, S. 18).

« Il était disproportionné de recourir immédiatement à des sanctions pénales en cas de non-respect des dispositions d’un permis délivré pour des activités basées sur cette loi, ce qui privait la loi d’un effet dissuasif. Dès lors, les sanctions pénales ont été atténuées et assorties de sanctions administratives » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2016-2017, DOC 54-2276/004, S. 10).

B.40. Die in Artikel 25 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 vorgesehenen administrativen Sanktionen haben eine vorwiegend repressive Beschaffenheit und stellen daher Sanktionen strafrechtlicher Art im Sinne von Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention und Artikel 4 des siebten Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention dar.

Zudem werden mit den in Artikel 25 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 vorgesehenen administrativen Sanktionen in manchen Fällen Taten geahndet, die im Wesentlichen die

gleichen sind wie diejenigen, die mit den in Artikel 26 desselben Gesetzes vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen geahndet werden. Sie können nämlich alle beide einen Verstoß gegen die folgenden Pflichten bestrafen: (i) den in Artikel 14 § 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 erwähnten Fall, dass die erforderlichen zweckdienlichen und wirksamen Maßnahmen, um einen umweltgefährdenden Notfall zu beseitigen, nicht ergriffen werden oder dass der Anweisung des Ministers keine Folge geleistet wird (Artikel 25 § 1 und 26 §§ 3 und 4), (ii) den in Artikel 17 § 1 Absatz 3 erwähnten Fall, dass der Anweisung des Ministers, die Bedingungen der Genehmigung umzusetzen, keine Folge geleistet wird (Artikel 25 § 2 und 26 § 3), (iii) den in Artikel 17 § 3 erwähnten Fall, dass eine Tätigkeit ohne Genehmigung durchgeführt wird oder über die erteilte Genehmigung hinausgeht (Artikel 25 § 3 und 26 § 2), und schließlich (iv) die Unterlassung durch die für die Tätigkeit verantwortliche Person, die nach Artikel 22 § 2 Absatz 5 im Rahmen der Eintragungspflicht im Register der Infrastrukturen und Fahrzeuge erforderlichen Daten und Informationen zu übermitteln (Artikel 25 § 4 und 26 § 5).

Daraus folgt, dass der Grundsatz *non bis in idem* Anwendung findet. Daher obliegt es dem zuständigen Richter, je nach Schwere des Sachverhalts, der der für die Tätigkeit verantwortlichen Person zur Last gelegt wird, unter Einhaltung des in Strafsachen anwendbaren Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit die eine oder die andere Sanktion anzuwenden. Die administrative Sanktion strafrechtlicher Art, die der für die Tätigkeit verantwortlichen Person aufgrund von Artikel 25 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 endgültig auferlegt wird, verhindert außerdem, dass eine neue Strafverfolgung gegen sie aufgrund von Artikel 26 desselben Gesetzes wegen derselben Taten eingeleitet wird.

B.41. Im Übrigen bestimmt Artikel 14 § 2 Absatz 4 des Gesetzes vom 21. Juli 2017, dass die für die Tätigkeit verantwortliche Person die tatsächlichen Kosten der vom Minister als Reaktion auf einen umweltgefährdenden Notfall ergriffenen Maßnahmen trägt.

Nach Artikel 15 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 ist die für die Tätigkeit verantwortliche Person verpflichtet, den Aufwand und die Kosten für die Wiedergutmachung des Schadens, für den der Staat haftbar gemacht wird und der aus einer gemäß dem Gesetz vom 21. Juli 2017 durchgeführten Tätigkeit und der vom Minister ausgestellten Genehmigung resultiert, zu ersetzen. Bezüglich dieser Bestimmung heißt es in den Vorarbeiten:

« Le projet de loi instaure le principe d'une responsabilité objective de la personne responsable d'une activité dans le cas où un dommage pour lequel l'État est tenu responsable résulte d'une activité menée conformément aux dispositions de loi et au permis délivré par le Ministre. La personne responsable d'une activité sera tenue, outre les coûts réels visés à l'article 14, d'indemniser l'État pour le coût et les frais de la réparation dudit dommage » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2016-2017, DOC 54-2276/001, S. 15).

Diese Maßnahmen haben keine strafrechtliche Beschaffenheit, weder im Sinne des innerstaatlichen Rechts noch im Sinne von Artikel 6 Absatz 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention. Daraus folgt, dass die Garantien, mit denen nach dieser Bestimmung Verfahren in Strafsachen versehen sind, sowie der Grundsatz *non bis in idem* auf diese Maßnahmen keine Anwendung finden.

B.42. Vorbehaltlich der in B.40 erwähnten Auslegung ist der vierte Klagegrund unbegründet.

#### *In Bezug auf den fünften Klagegrund*

B.43. Der fünfte Klagegrund ist abgeleitet aus einem Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung in Verbindung mit dem Legalitätsprinzip, mit dem Grundsatz der Rechtssicherheit, mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, dem Grundsatz der Achtung vor den Rechten der Verteidigung und mit dem Recht auf eine wirksame Beschwerde.

Die klagende Partei führt an, dass die Artikel 6 bis 8, 16 und 17 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 gegen die vorerwähnten Referenznormen verstoßen würden, insofern sie den Minister ermächtigten, ohne ihm irgendeinen Rahmen vorzugeben, die Bedingungen für die Gewährung, die Rücknahme und die Kontrolle der Genehmigung zu beurteilen, und insbesondere:

- das Ausmaß der Auswirkungen der geplanten Tätigkeit auf die Umwelt (Artikel 6 § 2 und 16 Absatz 2),
- die Möglichkeit, zweckdienliche Auskünfte einzuholen (Artikel 6 § 1 Absatz 2),
- die Festlegung der Gültigkeitsdauer der Genehmigung (Artikel 8 Absatz 1),

- die Möglichkeit, während der Gültigkeit der Genehmigung zusätzliche Pflichten aufzuerlegen (Artikel 8 Absatz 1 und 16 Absatz 2),
- die Anweisungsbefugnis im Fall der Nichteinhaltung der Bedingungen der Genehmigung (Artikel 17 § 1),
- die Rücknahme der Genehmigung von Rechts wegen im Fall der Nichteinhaltung der Anweisungen des Ministers (Artikel 17 § 1 Absatz 3),
- die Möglichkeit, jegliche zweckdienliche Maßnahme zu ergreifen, um die Risiken und/oder die nachteiligen Folgen für die Umwelt zu begrenzen, die durch die Tätigkeit, die Gegenstand einer Genehmigung ist, verursacht werden, einschließlich einer Entscheidung, die Genehmigung auszusetzen oder zurückzunehmen (Artikel 17 § 2).

Aus der Antragschrift geht hervor, dass die Beschwerdegründe ausschließlich das Verfahren, das auf die in Artikel 5 § 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 erwähnte Genehmigung anwendbar ist, und nicht das Verfahren, das auf die in Artikel 10 und 13 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 erwähnten Genehmigungen anwendbar ist, betreffen. Der Gerichtshof prüft den Klagegrund in diesem Maße.

B.44.1. Der Ministerrat führt an, dass der fünfte Klagegrund unzulässig sei, insofern er aus einem Verstoß gegen das Legalitätsprinzip abgeleitet ist, da dieses Prinzip nicht in der Überschrift des Klagegrunds erwähnt ist.

B.44.2. Wie in B.20.2 erwähnt müssen die in der Klageschrift vorgebrachten Klagegründe, um den Erfordernissen nach Artikel 6 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof zu entsprechen, angeben, welche Vorschriften, deren Einhaltung der Gerichtshof gewährleistet, verletzt worden seien und welche Bestimmungen gegen diese Vorschriften verstoßen würden, und darlegen, in welcher Hinsicht diese Vorschriften durch diese Bestimmungen verletzt würden. Diese Erfordernisse beruhen einerseits auf der Notwendigkeit, den Gerichtshof in die Lage zu versetzen, ab dem Zeitpunkt des Einreichens des Antrags die richtige Tragweite der Nichtigkeitsklage bestimmen zu können, und andererseits darauf, den anderen Verfahrensparteien die Möglichkeit zu geben,

die Argumente der klagenden Parteien zu erwidern, wofür eine klare und unzweideutige Darlegung der Klagegründe unentbehrlich ist.

Aus der Antragschrift geht hervor, dass sich die klagende Partei in der Darlegung des Klagegrunds ausreichend klar auf das Legalitätsprinzip bezieht. Aus dem Schriftsatz des Ministerrats ist ersichtlich, dass dieser den Klagegrund richtig verstanden hat und somit eine zweckdienliche Verteidigung hat führen können.

B.44.3. Die Einrede wird abgewiesen.

B.45.1. Eine gesetzgebende Ermächtigung der ausführenden Gewalt, die eine Angelegenheit betrifft, die die Verfassung nicht dem Gesetzgeber vorbehält, ist nicht verfassungswidrig. In einem solchen Fall nutzt der Gesetzgeber nämlich die ihm durch den Verfassungsgeber erteilte Freiheit, in einer solchen Angelegenheit zu verfügen. Der Gerichtshof ist nicht befugt, eine Bestimmung zu missbilligen, die die Zuständigkeitsverteilung zwischen der gesetzgebenden Gewalt und der ausführenden Gewalt regelt, außer wenn mit dieser Bestimmung die Regeln der Zuständigkeitsverteilung zwischen dem Staat, den Gemeinschaften und den Regionen missachtet werden oder wenn der Gesetzgeber einer Kategorie von Personen das Eingreifen einer demokratisch gewählten Versammlung, das ausdrücklich in der Verfassung vorgesehen ist, vorenthält.

Im vorliegenden Fall trifft dies nicht zu, da alle Antragsteller einer Genehmigung, die eine in Artikel 5 § 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 erwähnte Tätigkeit in der Antarktis durchführen wollen, gleich behandelt werden.

B.45.2. Aus dem Umstand, dass der Gesetzgeber dem Minister eine Beurteilungsbefugnis einräumt, kann nicht hergeleitet werden, dass er diesen ermächtigt, die Befugnis willkürlich oder im Widerspruch zu den im Klagegrund erwähnten Verfassungsvorschriften auszuüben.

Im Gegensatz zu dem, was die klagende Partei anführt, ist die Beurteilungsbefugnis des Ministers durch objektive Kriterien aus dem Protokoll eingegrenzt. Die drei Kategorien der Auswirkungen auf die Umwelt, die in Artikel 6 § 2 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 erwähnt sind (weniger als geringfügige oder vorübergehende, geringfügige oder vorübergehende, mehr

als geringfügige oder vorübergehende Auswirkung) sind in Artikel 8 des Protokolls enthalten. Die Verfahren zur Bewertung der Umweltauswirkungen sind detailliert in der Anlage I zum Protokoll beschrieben, die eine vorläufige Bewertung der Umweltauswirkungen für die Tätigkeiten, die eine geringfügige oder vorübergehende Auswirkung haben, und eine umfassende Bewertung der Umweltauswirkungen für die Tätigkeiten, die mehr als eine geringfügige oder vorübergehende Auswirkung haben, erfordert. Die « überarbeiteten Leitlinien für die Bewertung der Umweltauswirkung in der Antarktis », die dem Beschluss 1 (2016) der Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag (ATCM) vom 1. Juni 2016 beigelegt sind, können ebenfalls hilfreich sein, um die geeignete Kategorie der Umweltauswirkung und die Art des Dokuments zur Bewertung der Umweltauswirkung, das erstellt werden muss, zu bestimmen. Schließlich bestimmt nach Artikel 6 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 der Minister das Ausmaß der Umweltauswirkung der geplanten Tätigkeit und die Art des entsprechenden Dokuments zur Bewertung der Umweltauswirkung auf der Grundlage der vom Antragsteller der Genehmigung vorgelegten Informationen. Diesbezüglich wurde bei den Vorarbeiten erläutert, dass « der Antragsteller, der selbst der Meinung ist, dass die Auswirkung seiner Tätigkeit geringfügig oder vorübergehend oder mehr als geringfügig oder vorübergehend ist, von sich aus seinem anfänglichen Antrag eine solche vorläufige Bewertung oder umfassende Bewertung beifügen kann » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2016-2017, DOC 54-2276/001, SS. 11-12).

Nach Artikel 8 Absatz 3 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 obliegt es dem König, die zusätzlichen Bedingungen, an die die Ausstellung der Genehmigung geknüpft ist, sowie die Vorschriften für die Prüfung und die Einreichung von Genehmigungsanträgen zu bestimmen. Artikel 2 § 3 des königlichen Erlasses vom 23. Mai 2018 « zur Ausführung bestimmter Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Juli 2017 über den Umweltschutz und die Regulierung der in Antarktika unter der Gerichtsbarkeit Belgiens geführten Tätigkeiten » legt die Dokumente fest, die einem Genehmigungsantrag für eine in Artikel 5 § 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 erwähnte Tätigkeit beizufügen sind.

Der Minister muss, wenn er eine Entscheidung auf der Grundlage der angefochtenen Bestimmungen trifft, die allgemeinen Grundsätze der guten Verwaltung einhalten. In den angefochtenen Bestimmungen ist kein Rechtsmittel gegen diese Entscheidungen geregelt: Gegen diese können jedoch eine Nichtigkeitsklage und eine Klage auf einstweilige Aufhebung nach den Artikeln 14 und 17 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat erhoben werden. Folglich ist eine wirksame gerichtliche Kontrolle gewährleistet.



Schließlich kann die für die Tätigkeit verantwortliche Person oder ihr Vertreter nach Artikel 17 § 1 Absatz 2 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 ihre Anmerkungen beim Minister geltend machen, sodass die Rechte auf Verteidigung gewahrt sind.

B.46.1. Die klagende Partei bemängelt ebenfalls den Umstand, dass die in Artikel 7 des Gesetzes vom 21. Juli 2017 für die Ausstellung der Genehmigung vorgesehenen Fristen Ordnungsfristen sind.

B.46.2. Was eine Ausschlussfrist im Wesentlichen von einer Ordnungsfrist unterscheidet, ist, dass die Behörde bei deren Überschreitung die Befugnis zum Auftreten verliert. Die unterschiedliche Sanktion ändert jedoch nichts daran, dass sowohl eine Ausschluss- als auch eine Ordnungsfrist rechtlich verbindlich sind. Folglich ist die Behörde auch bei einer Ordnungsfrist verpflichtet, eine Wiederherstellungsentscheidung innerhalb der durch das Gericht vorgegebenen Frist zu erlassen. Die Überschreitung einer Ordnungsfrist kann im Übrigen auch eine Klage wegen Untätigkeit gegen die untätige Behörde zur Folge haben.

B.47. Der fünfte Klagegrund ist unbegründet.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

weist die Klage vorbehaltlich der in B.40 erwähnten Auslegung zurück.

Erlassen in französischer, niederländischer und deutscher Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 7. Mai 2020.

Der Kanzler,

Der Präsident,

P.-Y. Dutilleux

F. Daoût